

Kärntner Jahrbuch für Politik 2019

Koroški politični zbornik 2019

Herausgegeben
von
Karl Anderwald
Karl Hren
Kathrin Stainer-Hämmerle



Mohorjeva
Hermagoras

Gedruckt mit Unterstützung von:

kelag

STRABAG



Kärntner Heimatdienst

LAND  KÄRNTEN
Kultur

ISBN: 978-3-7086-1059-7

Hermagoras Verlag / Mohorjeva založba – 2019

© der Texte bei den Autoren

Druck: Hermagoras / Mohorjeva, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
KATHRIN STAINER-HÄMMERLE Die Nationalratswahl 2019 aus Kärntner Sicht.....	9
KARL ANDERWALD EU-Wahl 2019: Kärnten geht leer aus.....	29
RUDOLF DÖRFLINGER AK-Wahl 2019 – „Gulliver“ Goach gewinnt	44
JOCHEN BENDELE Viel Einsatz, wenig Anerkennung	52
PETRA PLIMON Die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftswahlen an der Fachhochschule Kärnten.....	62
KARL HREN Die Vertretungsorganisationen der Kärntner Slowenen zwischen Versteinerung und Digitalisierung	68
ANDREA TONY HERMANN / DANIELA INGRUBER / FLOOH PERLOT Politische Kultur in Kärnten.....	79
PETER PLAIKNER Die Außenwelt der Innenwelt der Außenwelt – Vom Standortmarketing zur Markenbildung als Selbstverpflichtung auf die Landeswerte	97
ANDREA BERGMANN-BENEDIKT Machtvolles und Aufbegehren: Was die Kärntner Kirche erschüttert	112
UWE SOMMERSGUTER Lehnen Sie sich zurück: Das war der 10. Oktober 1920 – Die Kraft der Begeisterung der Kärntner für das Morgen entscheidet über die Bedeutsamkeit des Jetzt.....	122
MARTIN KLEMENJAK Die Sozialpartnerschaft in Österreich und Kärnten – Eine (Zwischen-)Bilanz	132
SCHWERPUNKT WIRTSCHAFTSTHEMEN	
PETRA RODIGA-LASSNIG Kärnten auf dem Weg zum Technologie-Hotspot?	142

SABRINA SOWAK Rechtliche Rahmenbedingungen der Wirtschaftsförderung in Kärnten und ihre potentiellen Anpassungserfordernisse	158
EDMUND PRIMOSCH Innovationen des Kärntner Landesgesetzgebers im Jahr 2019.....	172
BIRGIT AIGNER-WALDER / ALBERT LUGER / ROBERT OFNER Relevanz sozioökonomischer Faktoren für das Mobilitätsverhalten und daraus abgeleitete Implikationen für Kärnten	184
THOMAS DÖRING Zur (Finanz-)Psychologie staatlicher Verschuldungspolitik	204
GERD A. KURATH Fünf Jahre nach HCB im Görtschitztal: offene Fragen und die Konsequenzen!	228
SONDERTHEMEN	
MARJAN STURM Friedensregion Alpen-Adria – Zwei Defizite der Kärntner Erinnerungskultur	250
RUTH LERCHSTER / PETRA RODIGA-LASSNIG / STEFAN BRAUCKMANN Den Kärntner Bildungsraum innovativ gestalten – der Beitrag des Educational Lab	258
FLORIAN KANDUTSCH / JULIA STOPPER Die Vereinbarkeit von Studium und Beruf – Eine empirische Analyse der Studierendenperspektive	277
HEINZ-DIETER POHL Sprachwissenschaftliche Überlegungen zur politischen Korrektheit	301
Chronologie	318
Die Autoren	349

Politische Kultur in Kärnten

Abstract

Kärnten hat seine Besonderheiten, auch im Politischen. So lassen sich bei näherem Hinsehen sowohl eine spezifische Identität(sdiskussion) als auch ausgeprägte bundeslandspezifische Muster erkennen. Beides ist eng mit politischer Kultur verknüpft. Ein Empfinden eines Andersseins und dessen Ausdruck ist in vielen Regionen Österreichs beobachtbar, Kärnten stellt in diesem Sinne keine Ausnahme dar. Seine Besonderheiten, insbesondere auch hinsichtlich der politischen Kultur, werden im vorliegenden Artikel dargestellt. Er präsentiert die Einstellungen der BürgerInnen in Kärnten gegenüber der Demokratie und dem politischen System und legt die Muster der politischen Partizipation dar. Abschließend werden erste Überlegungen zu den Erklärungsfaktoren für die Haltungen der KärntnerInnen zur Bundespolitik vorgelegt.

1. Regionale politische Kultur in Kärnten

Auf die Frage, was ihr als Erstes zum Thema Demokratie einfallen würde, antwortete eine Kärntnerin im Herbst 2018:¹ „Mitspracherecht, Sicherheit, Wohlfühlen.“ Gerade auf Letzteres, das Wohlfühlen, das Sich-Vertreten-Fühlen, kam sie im Laufe des Gesprächs immer wieder zu sprechen. Es gehörte für sie zur politischen Kultur in Österreich, insbesondere aber zu jener in Kärnten – und innerhalb der Interviewreihe war sie damit nicht allein. Der Hinweis auf diese sozialen Aspekte und eine Gemeinschaft wurde von allen damals befragten KärntnerInnen ins Spiel gebracht.

Solche Verweise auf das Gemeinschaftliche fügen sich in Zuschreibungen zur Kärntner Identität, wie sie in zahlreichen Berichten und wissenschaftlichen Arbeiten beschrieben wird (z. B. Wutti 2015). So wird eine Identität gesehen, die sich sehr auf die Zusammengehörigkeit aufgrund einer gemeinsamen Erinnerungskultur bezieht. Das Gedächtnis einer Gruppe entwickelt sich aus dem ihrer Individuen (Assmann & Assmann in Wutti 2015, S. 33), heißt es, wobei im Falle Kärntens dieses Gedächtnis vor allem von der Kärntner Mehrheit gegenüber der slowenischen Minderheit, deren Erinnerungen teilweise ausgeklammert werden, geprägt wird (Wutti 2015, 33 f.). Die daraus entstehende Identität, die eng mit politischer Kultur verknüpft ist, nährt sich demnach aus all diesen Teilidentitäten, die

in der Gruppe vorherrschen, darunter eben auch jenes Gemeinschaftsgefühl der verschiedenen Untergruppen oder, anders gesagt, der Mehrheit gegenüber einer Minderheit, die dann doch wieder eine kulturelle Einheit bilden, weil die historische und inzwischen virtuelle Grenze ja nicht nur trennt, sondern auch verbindet. Die politische Kultur pendelt dabei zwischen den individuellen Erfahrungen ihrer Mitglieder sowie den kollektiven Erfahrungen der Gruppe.

Für Kärnten drängt sich hier das Bild der Grenze auf, und es scheint die Wahrnehmung als Grenzregion zu sein, die Kärnten einige seiner regionalen Spezifika der politischen Kultur entwickeln lassen hat. Andrej Wakounig (2004, S. 116) sprach in diesem Sinne im Kärntner Jahrbuch 2004 vom „Phänomen Grenze“. Insgesamt bedeutet das einen Begriff von Identität, der sich – (kultur)historisch bedingt – partiell von anderen Regionen Österreichs unterscheidet. Dass Kärnten immer wieder auch bei Wahlen anders agiert als der Rest Österreichs, ist spätestens seit der Ära Haider bekannt. Im Anderssein liegt unter anderem die Gemeinsamkeit, die diese politische Kultur ausmacht, wie jener Mythos der Grenze, der sich trotz der EU-Mitgliedschaft Österreichs unvermindert hält (Wakounig 2004).

Sich als anders zu empfinden, lässt sich von vielen Regionen Österreichs, zumindest aber von allen Bundesländern, sagen. Diese sind sowohl hinsichtlich ihrer geographischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Charakteristika als auch in Bezug auf ihre politischen Muster, beispielsweise hinsichtlich der politischen Partizipation, der politischen Identitäten oder der hohen faktischen Autonomie der Landesparteiorganisationen, im Vergleich zur faktischen Größe des Nationalstaates, sehr divers (Karlhofer 2010; Bußjäger 2018; Bußjäger et al. 2010; Bußjäger 2010). Diese Vielfalt deutet auf verschiedene Einstellungen der BürgerInnen und somit unterschiedliche regionale politische Kulturen quer durch die österreichischen Bundesländer hin.

Kärnten ist so gesehen keine Ausnahme innerhalb des Andersseins österreichischer Bundesländer, doch hat dieses Bundesland die eine oder andere Besonderheit insbesondere auch in seiner politischen Kultur.

Vor diesem Hintergrund präsentiert der vorliegende Beitrag einen Überblick über einige zentrale Aspekte der regionalen politischen Kultur in Kärnten. Zu Beginn legt der Artikel seine konzeptionellen und methodischen Ausgangspunkte dar (Kapitel 2). Anschließend gibt er Einblicke in die politische Kultur in Kärnten, indem er die Einstellung der BürgerInnen gegenüber der Demokratie und dem politischen System präsentiert (Kapitel 3) sowie die Muster der politischen Partizipation darlegt (Kapitel 4). Abschließend rundet eine erste Suche nach Erklärungsansätzen in Form der empfundenen Nähe bzw. Distanz der BürgerInnen in Kärnten zur österreichischen Bundespolitik den Artikel im Sinne eines Fazits ab (Kapitel 5).

2. Konzeptionelle und methodische Grundlagen

Politische Kultur wird als Begriff in unterschiedlicher Weise verwendet. Immer häufiger sieht man den Begriff als Ersatz für ein Wertesystem. So etwa beklagte der Vorarlberger Landtagspräsident in einem Interview mit dem ORF (ORF Vorarlberg 2019), dass die politische Kultur im Landtag dadurch verloren gehe, dass immer mehr auf emotionaler Ebene diskutiert werde, statt über Fakten. Er verwies den Begriff der politischen Kultur damit in eine moralisch beeinflusste Ecke, die sich einerseits nach dem richtet, was aktuell als gut und als böse verstanden wird, andererseits auch viel mit dem so genannten richtigen Benehmen zu tun hat. Politische Kultur wäre demnach vor allem eine Stilfrage (ORF Vorarlberg 2019).

Es ist diese Definition, die in der Öffentlichkeit vorherrscht, während politische Kultur in der Wissenschaft weniger als Wertediskussion geführt, sondern eher als Voraussetzung für das politische System gesehen wird (Dachs 2009). Der Grundstein für diese Form der politischen Kulturforschung wurde bereits vor mehr als 50 Jahren von Almond und Verba (1963) gelegt, indem sie die gesellschaftliche Basis für die Stabilität politischer Systeme in den Forschungsfokus rückten (Pickel 2009, 2016; Westle 2010). Sie nahmen an, dass jedes politische System in öffentliche Orientierungen und Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Demokratie und dem jeweiligen politischen System eingebettet ist (Almond und Verba 1963; Berg-Schlosser 2004). Politische Kultur wurde zu einem „neutralen Terrain der Begegnung für alle“, wobei das Subjektive mitgedacht wurde (Beyme 2010, S. 61).

Ausgehend von diesem Begriffsverständnis von politischer Kultur werden seitdem insbesondere die politisch relevanten Einstellungen, Meinungen, Wertorientierungen und Denkweisen sowie die daraus resultierenden Präferenzen für politisches Handeln mittels quantitativer Analysen untersucht (Berg-Schlosser 2004; Dachs 2009; Westle 2010; Werz und Koschkar 2016; Pickel 2016; Mannewitz 2016). Diese Ansätze zeigen, wie eine Regierungsform bzw. ein Regierungssystem in einem Land längerfristig destabilisiert wird, sofern sich diese Einstellungen und Präferenzen nicht mehr ausreichend mit den politischen Gegebenheiten decken.

Passend zum Kulturbegriff an sich entwickelte sich im Laufe der Zeit auch ein qualitativ-hermeneutischer Forschungsbereich zur politischen Kultur, der sich mit symbolischen Aspekten und grundlegenden Vorstellungen zum Politikbegriff sowie zu politischem Handeln auseinandersetzt (Rohe 1996, S. 2). Dazu gehört der Blick auf regionale Mentalitäten, emotionale Verflechtungen, Traditionsbestände, Symbole, Sprache und ihre regionalen Besonderheiten, das historische Erbe, Medienlandschaften oder

„ungeschriebene Verfassungen“ sowie deren jeweilige Interaktionen mit der Politik (Pickel 2016).

Während die Studien zu nationalen politischen Kulturen (siehe u. a. Almond und Verba 1963; Berg-Schlosser 2004; Schissler 2010; Pickel 2009; Westle und Gabriel 2009; Linder 2004; Seitz 2006) von politisch-kulturellen Unterschieden zwischen Nationalstaaten ausgehen, nehmen jene zu regionalen politischen Kulturen die politisch-kulturellen Unterschiede innerhalb der Nationalstaaten in den Blick (Mannewitz 2016; Pickel 2016; Werz und Koschkar 2016). Die Einstellungen der BürgerInnen gegenüber der Demokratie und dem politischen System, somit die Legitimität politischer Akteure und Institutionen, können durchaus regionalspezifisch ausgeprägt sein (Mannewitz 2016; Werz und Koschkar 2016; Pickel 2016). Bundesländer eignen sich daher als politische und regionale Einheiten für solche Untersuchungen besonders, wobei es auch innerhalb der Bundesländer regionale Unterschiede geben kann. So ist das südliche Kärnten naturgemäß stärker vom Mythos der Grenzregion und seinen slawischen Verbindungen geprägt (Wakounig 2004). Solche politisch-kulturellen Spezifika bestimmter Gebiete können sich letztlich in politischen Präferenzen und Urteilen, wie regional unterschiedlichen Partizipations- und Entscheidungsmustern oder Parteiensystemen, manifestieren (Sturm 2016).

Insgesamt handelt es sich bei regionalen politischen Kulturen um ein noch wenig untersuchtes Forschungsfeld. Bisher finden sich vor allem Analysen zu Kanada oder den USA (Lieske 2010; Alm et al. 2001; Fitjar 2010; Pegram 1997; Simeon und Elkins 1974; Henderson 2004) sowie mittlerweile auch zu Deutschland (Mannewitz 2016, 2013; Pickel 2016). Auch wenn in Studien zur österreichischen politischen Kultur vereinzelt auf subnationale politische Kulturen hingewiesen wird (Pelinka 2006), fehlt bisher eine systematische Aufarbeitung dieser für einzelne Bundesländer weitgehend.

Der vorliegende Artikel untersucht hierfür die folgenden Spezifika für das Bundesland Kärnten:

- Die Einstellungen der Bevölkerung in Kärnten zur Idee der Demokratie sowie zur demokratischen Praxis in Österreich.
- Die Einstellungen der KärntnerInnen gegenüber dem politischen System in Österreich.
- Die politische Partizipation der KärntnerInnen anhand ihrer Wahlbeteiligung und der Nutzung direktdemokratischer Instrumente.

Einen Ausgangspunkt für die folgende Darstellung bildet die dritte Welle des Austrian Democracy Lab-Demokratieradars² (Perlot et al. 2019), die sich mit den Einstellungen der österreichischen Bevölkerung gegenüber der Demokratie im Allgemeinen und dem politischen System Österreichs im Besonderen befasst. Weiters wurde auf Daten zur Wahlbeteiligung bei

Nationalrats- und Landtagswahlen, zur Beteiligung bei Volksabstimmungen und Volksbefragungen sowie bei Volksbegehren in Österreich zurückgegriffen (wahldatenbank.at; Bundesministerium für Inneres 2019 a, b, c).

Die zweite Grundlage bilden qualitative Interviewdaten, die ebenfalls im Rahmen der Forschungen des Austrian Democracy Labs entstanden und Teil eines noch laufenden Storytellingprojektes zum Demokratiebegriff im Alltag der Bevölkerung sind. Ausgangspunkt war die These, dass viele BürgerInnen eine Art Krise der Demokratie sehen, wie sie von Colin Crouch (2008) beschrieben worden ist. Gábor Halmai (2016) sieht in dieser vor allem ein Versagen der Eliten Europas. Beide Einstellungen lassen sich grundlegend empirisch erforschen, die (Lebens-)Geschichten der BürgerInnen vervollständigen das Bild. Dazu wurden zwischen Juni 2018 und Juli 2019 45 Personen, darunter auch einige PolitikerInnen,³ befragt. Da es sich um Storytellinginterviews handelte, wurden abgesehen von einer Einstiegsfrage zur ganz persönlichen Definition von Demokratie keine fixen Fragen vorgegeben, doch die Themen parallel zum oben erwähnten Fragebogen geleitet. Da das Projekt noch bis 2022 weiterläuft, werden für diesen Artikel die aktuellen Zwischenergebnisse dieser ersten 45 Interviews⁴ verwendet, und hier wiederum nur der Kärntner Teil, um die empirischen Ergebnisse zu veranschaulichen.

3. Demokratie und politisches System

Die Zustimmung der Bevölkerung zur Demokratie im Allgemeinen stellt ein zentrales Merkmal politischer Kulturen dar. Geht diese Zustimmung verloren oder entfernt sich die Bevölkerung von der Einschätzung an sich (Crouch 2008), muss von einer Krise der Demokratie ausgegangen werden. Dies ist in Kärnten nicht der Fall. Mit 89 Prozent Zustimmung betrachtet die überwiegende Mehrheit der Befragten in Kärnten die Demokratie als beste Regierungsform. Sie grenzt sich damit deutlich von anderen Regierungsformen wie Autokratie und Oligarchie ab und liegt mit dem österreichweiten Zustimmungswert gleichauf (siehe Abbildung 1). Österreichweit befürworten ebenfalls 89 Prozent der Befragten die Demokratie als beste Regierungsform. Hierbei ist anzumerken, dass die österreichweiten Werte illustrativen und interpretativen Zwecken dienen, doch keine Richtwerte darstellen, die das „richtige Maß“ an Zustimmung zu oder Ablehnung von Demokratie oder politischem System definieren.

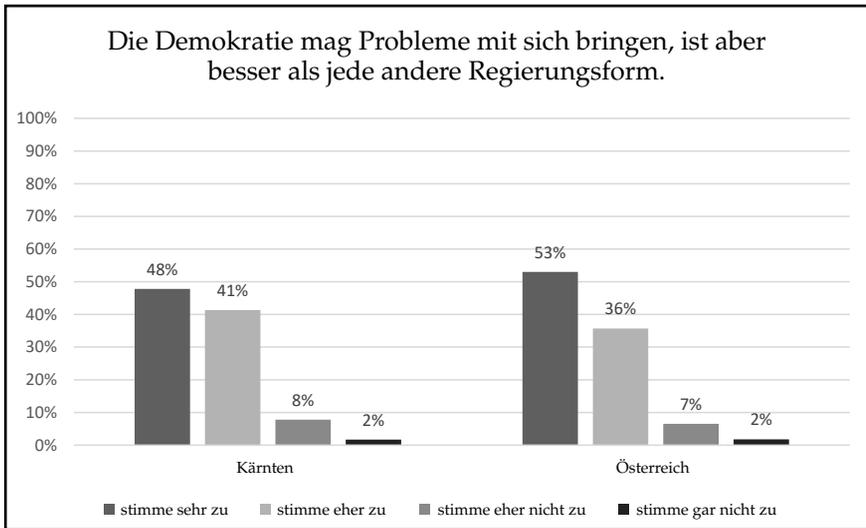
Bei näherer Betrachtung der Ergebnisse zeigt sich, dass 48 Prozent der befragten KärntnerInnen der Aussage, dass die Demokratie die beste Regierungsform ist, sehr zustimmen. Damit liegt Kärnten hinter dem österreichweiten Durchschnitt von 53 Prozent. Möglicherweise ist der Wert zumindest teilweise auf einen höheren Anteil an FPÖ-WählerInnen, die

der Demokratie-Idee gegenüber generell etwas kritischer eingestellt sind, zurückzuführen. Entsprechend ist der Anteil der Befragten in Kärnten, die der Aussage zur Demokratie als bester Regierungsform eher zustimmen, mit 41 Prozent höher, österreichweit beträgt er 36 Prozent.

Ein ähnliches Bild hat sich bei den Interviews mit KärntnerInnen ergeben. Eine Grundskepsis wird ausgesprochen, doch wird diese eher einer gewissen Ermattung geschuldet. So klagt eine Interviewpartnerin (WaKW9), dass die Demokratie an sich niemanden mehr interessiere, weil man es sich ohnehin bequem eingerichtet habe. Eine ähnliche Skepsis vermitteln eine andere Kärntnerin (WaKT8) und ein Kärntner Regionalpolitiker (MbKK2), der zwar feststellt, dass die Demokratie das beste System sei, das ihm einfallt, doch vielleicht nicht das beste sei, das je gefunden wurde.

In der expliziten Ablehnung der Demokratie als bester Regierungsform zeigen sich nicht so große Unterschiede zwischen den Befragten in Kärnten und Gesamtösterreich: Mit 10 Prozent der befragten KärntnerInnen, die der Aussage, dass es sich bei der Demokratie um die beste Regierungsform handelt, nicht zustimmen, liegt das Bundesland nur leicht über dem österreichweiten Wert von 9 Prozent. Somit bewerten die KärntnerInnen

Abbildung 1: Zustimmung zur Demokratie als bester Regierungsform



Frage: „Stimmen Sie den folgenden Aussagen sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht zu? Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, ist aber besser als jede andere Regierungsform.“

Angaben in Prozent, Abweichungen von 100 = weder noch, keine Angabe und Rundungsfehler.

Datenquelle: Perlot et al. 2019; Grafik: Andrea Tony Hermann.

die Demokratie allgemein nur unwesentlich negativer als der Durchschnitt der ÖsterreicherInnen. Von den 10 Prozent entfallen auf diejenigen, die der Aussage eher nicht zustimmen, 8 Prozent, während lediglich 2 Prozent der Aussage gar nicht zustimmen.

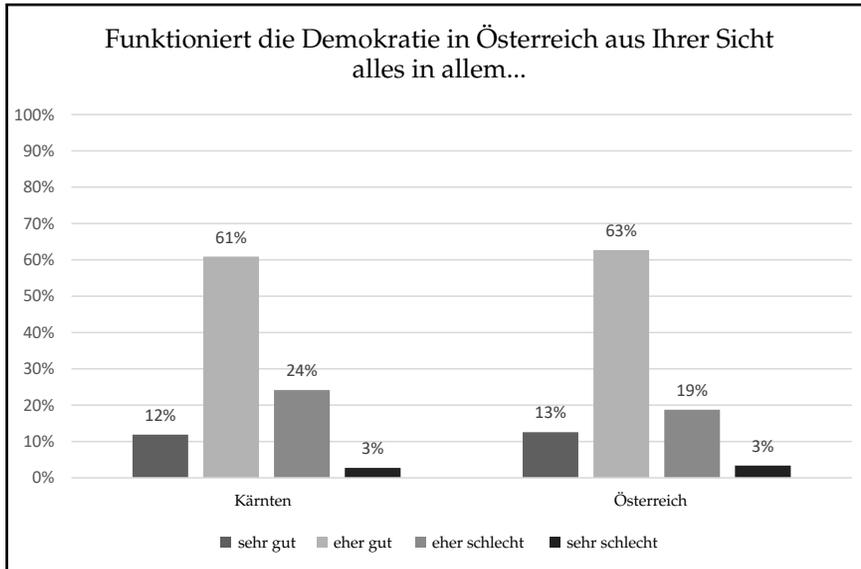
Auch wenn die Zustimmung zur Demokratie-Idee bei den Befragten grundsätzlich sehr hoch ist, resultiert daraus nicht automatisch eine ebenfalls gute Bewertung der demokratischen Praxis in Österreich. Im Demokratieradar des Austrian Democracy Lab (ADL) geben insgesamt 73 Prozent der Befragten aus Kärnten an, dass die Demokratie in Österreich gut funktioniert (siehe Abbildung 2). Ein ähnlicher Wert ergibt sich bei der Umfrage für Gesamtösterreich. Damit liegt die Einschätzung der KärntnerInnen deutlich hinter ihrer Zustimmung zur abstrakten Demokratie-Idee. Eine detailliertere Betrachtung liefert weitere Einsichten in die Einstellungen der KärntnerInnen: Lediglich 12 Prozent der befragten KärntnerInnen bewerten die Funktionsfähigkeit der österreichischen Demokratie als sehr gut, 61 Prozent beurteilen sie als eher gut. Beide Werte liegen knapp unter dem österreichweiten Durchschnitt.

Der Eindruck, dass die befragten KärntnerInnen ein negativeres Bild von der Funktionsfähigkeit der österreichischen Demokratie haben als die österreichweit Befragten, verstärkt sich bei der Einschätzung der Funktionsfähigkeit: 27 Prozent der Befragten halten die österreichische Demokratie für nicht gut funktionsfähig. Österreichweit liegt dieser Wert bei 22 Prozent. 24 Prozent der in Kärnten befragten Personen beurteilen die Demokratie als eher schlecht funktionierend, 3 Prozent sogar als gar nicht funktionierend. Damit schätzen die KärntnerInnen die Funktionsfähigkeit der Demokratie schlechter ein als der Durchschnitt der befragten ÖsterreicherInnen, bei denen die Werte bei 19 Prozent bzw. 3 Prozent liegen. Bei den Interviews wiederum ist nur eine Person davon überzeugt, dass die Demokratie (derzeit) nicht gut funktioniert. Argumentiert wird das mit einer „Worthülse und einer Art nostalgischer Mimesis. Wir ahmen uns selber nach, aber es gibt noch keinen Gegenentwurf.“ (WaKW9)

Die Betrachtung der österreichischen Demokratie hinsichtlich ihrer Widerstandsfähigkeit zeigt, dass die befragten KärntnerInnen diese besser bewerten als ihre Funktionsfähigkeit (siehe Abbildung 3). Während 77 Prozent der KärntnerInnen die österreichische Demokratie für gefestigt und krisenfest halten, ist dies bei 78 Prozent der Befragten im Bundesgebiet der Fall. Damit ergibt die Beurteilung der Widerstandsfähigkeit der österreichischen Demokratie durch die Befragten in Kärnten ähnliche Werte wie die Einschätzung der österreichweit Befragten.

Die Ablehnung der Aussage, dass die Demokratie in Österreich gefestigt ist und auch Krisen gut überstehen kann, liegt bei den in Kärnten Befragten

Abbildung 2: Wahrnehmung der Funktionsfähigkeit der österreichischen Demokratie



Frage: „Funktioniert die Demokratie in Österreich aus Ihrer Sicht alles in allem sehr gut/ eher gut/ eher schlecht/ sehr schlecht.“

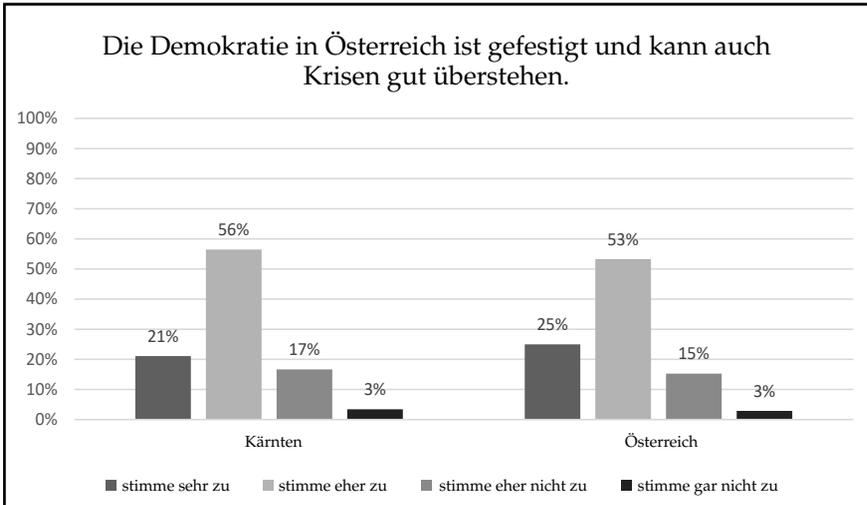
Angaben in Prozent, Abweichungen von 100 = weder noch, keine Angabe und Rundungsfehler.

Datenquelle: Perlot et al. 2019; Grafik: Andrea Tony Hermann.

bei 20 Prozent. Damit liegen sie nur leicht über dem Bundesschnitt von 19 Prozent. Dies zeigt, dass die befragten KärntnerInnen in dieser Frage explizit kaum skeptischer sind als die Befragten in ganz Österreich.

Neben der Zustimmung der Bevölkerung zur Demokratie im Allgemeinen und in Österreich im Besonderen ist auch die Wahrnehmung des politischen Systems ein wichtiges Merkmal für politische Kulturen und somit zentral für die Stabilität des Systems. Während die Demokratie als Ideal und in der österreichischen Praxis – trotz deutlicher Unterschiede in der Bewertung – grundsätzlich deutlich positiv eingeschätzt wird, stellt sich das für das politische System in Österreich etwas anders dar. So beurteilen im Rahmen des ADL-Demokratieradars mit 54 Prozent lediglich knapp über die Hälfte der Befragten aus Kärnten das politische System als gut (siehe Abbildung 4). 46 Prozent der KärntnerInnen betrachten das politische System jedoch als grundlegend reformbedürftig. Beide Werte liegen über bzw. unter dem Bundesdurchschnitt von 59 Prozent Befürwortung

Abbildung 3: Wahrnehmung der Widerstandsfähigkeit der österreichischen Demokratie

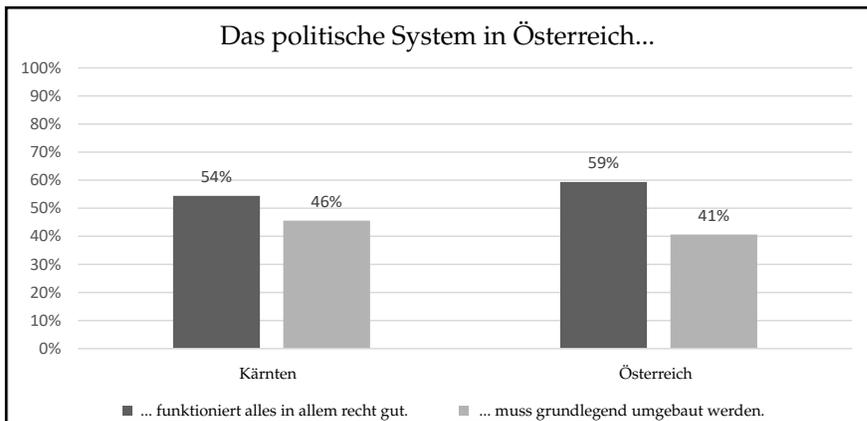


Frage: „Stimmen Sie den folgenden Aussagen sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht zu? Die Demokratie in Österreich ist gefestigt und kann auch Krisen gut überstehen.“

Angaben in Prozent, Abweichungen von 100 = weder noch, keine Angabe und Rundungsfehler.

Datenquelle: Perlot et al. 2019; Grafik: Andrea Tony Hermann.

Abbildung 4: Wahrnehmung des politischen Systems in Österreich



Frage: „Wenn Sie an die Politik in Österreich denken, welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu? Das politische System in Österreich ... funktioniert alles in allem recht gut/... muss grundlegend umgebaut werden.“

Angaben in Prozent, Abweichungen von 100 = weder noch, keine Angabe und Rundungsfehler.

Datenquelle: Perlot et al. 2019; Grafik: Andrea Tony Hermann.

und 41 Prozent Ablehnung. Die KärntnerInnen scheinen die Funktionsfähigkeit des politischen Systems in Österreich somit etwas kritischer zu sehen als dies die ÖsterreicherInnen insgesamt tun und sehen größeren, grundlegenden Reformbedarf.

In den Interviews wird die Widerstandskraft der Demokratie von den befragten KärntnerInnen deutlich besser beurteilt, wobei dies immer wieder mit direktem oder indirektem Hinweis auf die politische Kultur der Gemeinschaft, etwa einem „Urvertrauen“ (WaKT7), verknüpft wird. Nach dem Motto: Wenn es eine Krise gibt, werden wir diese schon meistern. Interessant dabei ist, dass diese Fähigkeit zum Meistern einer Krise eher regional bzw. auf Landesebene gesehen wird, während das Vertrauen in die Nationalpolitik diesbezüglich geringer ist.

4. Partizipation: Wahlbeteiligung und direkte Demokratie

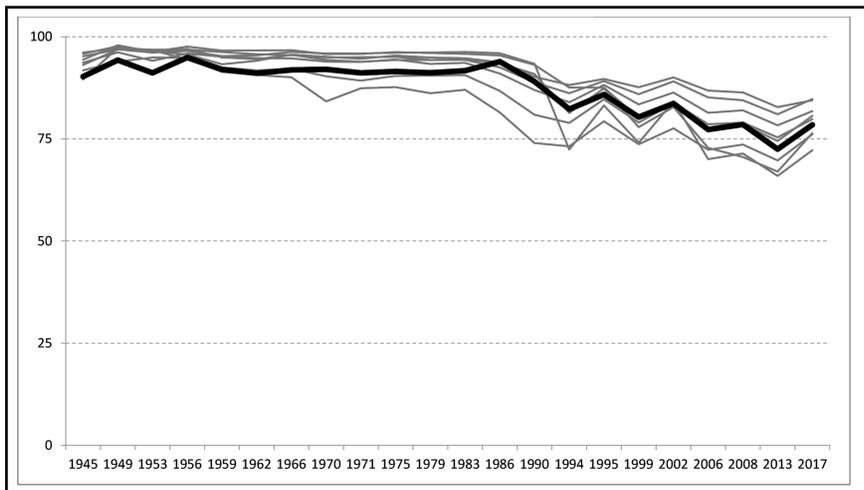
Die Beteiligung der Bevölkerung an Wahlen und direkter Demokratie kann als konkretes politisches Verhalten als ein Element politischer Kultur betrachtet werden (Berg-Schlosser 2004). Dabei ist zu beachten, dass eine besonders hohe Wahlbeteiligung nicht gleichbedeutend mit einer besonders hohen Demokratiequalität oder einem hohen Vertrauen in das politische System ist, ebenso wenig wie ein Rückgang der Beteiligungsrate nicht automatisch eine Abkehr davon bedeutet. Vielmehr können Krisen oder Konflikte gerade dazu führen, dass sich mehr Menschen an Wahlen beteiligen, während Wahlen in „ruhigen“ Zeiten – also ohne konkrete Konflikte, bei bereits erwarteten klaren Ausgängen usw. – die Beteiligung senken können (Debus 2016; Filzmaier 2007).

Darüber hinaus gibt es keinen Mindestprozentwert, den die Wahlbeteiligung erreichen muss, damit man von einem demokratischen System spricht. Auch semi- und nicht-demokratische Systeme führen Wahlen durch, die dann allerdings andere Funktionen erfüllen (Nohlen 2014, 36f).

Eine Interpretation der Wahlbeteiligung in Kärnten ist nur im direkten Vergleich mit anderen Bundesländern oder einem österreichweiten Wert sinnvoll, nicht jedoch isoliert oder nur in absoluten Zahlen. Für die notwendige Gegenüberstellung werden im Folgenden die Nationalrats- und Landtagswahlen seit 1945 herangezogen.

Bei den bisher 22 Nationalratswahlen zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung in Kärnten durchschnittlich bis unterdurchschnittlich ist (siehe Abbildung 5). Besonders in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik beteiligten sich die KärntnerInnen weniger oft. Einschränkend ist freilich anzumerken,

Abbildung 5: Wahlbeteiligung in den Bundesländern bei Nationalratswahlen 1945 bis 2017



Anmerkung: Die dicke Linie zeigt die Wahlbeteiligung in Kärnten
Angaben in Prozent.

Datenquelle: Wahldatenbank 2019, Grafik: Flooh Perlot

dass die Wahlbeteiligung bis 1986 Werte von über 90 Prozent erreichte. Wenn man von einer unterdurchschnittlichen Bereitschaft, seine Stimme abzugeben, spricht, ist das also nur relativ im Vergleich mit anderen noch höheren Anteilen zu verstehen, aber nicht grundsätzlich.

In den 1980er-Jahren begann die Wahlbeteiligung in allen Bundesländern auf Werte zwischen 80 und 90 Prozent zurückzugehen. Kärnten verbesserte seine Position im regionalen Vergleich in dieser Phase, was einerseits an der Einführung einer Wahlpflicht⁵ liegen dürfte, andererseits wohl nicht von der Übernahme der Parteiobmannschaft in der FPÖ durch Jörg Haider und den daran anschließenden guten Wahlergebnissen vor allem auch in Kärnten zu trennen ist. Die regional gegebene Mobilisierung hat sich vermutlich positiv auf die Wahlbeteiligung ausgewirkt.

Bis inklusive 2017 folgte Kärnten in weiterer Folge den generell stärker werdenden Schwankungen in der Wahlbeteiligung in ganz Österreich und festigte eine Position im Mittelfeld. Zuletzt gingen 2017 78,5 Prozent der wahlberechtigten KärntnerInnen zur Wahl, weniger als etwa im Burgenland oder Niederösterreich, aber mehr als in Tirol, Vorarlberg oder Wien.

Die zweite Ebene der Wahlbeteiligung, die für Vergleiche herangezogen werden kann, ist jene der Landtagswahlen. Zwar gibt es keine einheitlichen Wahltermine für alle Bundesländer in Österreich, im langjährigen

Vergleich lassen sich aber dennoch Tendenzen gegenüberstellen (siehe Abbildung 6).

Das Bild ist zunächst ähnlich wie bei Nationalratswahlen: Kärnten weist eine unterdurchschnittliche – wenngleich dennoch sehr hohe – Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen auf, bis Ende der 1980er-Jahre die Kurve nach einem zwischenzeitlichen Abfall wieder stark nach oben geht. Die konkrete Wahl, die für diesen Ausschlag verantwortlich ist, war die Landtagswahl 1989, bei der nun auch Wahlpflicht bestand. Gleichzeitig war es die erste Landtagswahl, bei der Haider Bundesobmann der FPÖ war, und eine Wahl, bei der sich die FPÖ von 16 Prozent auf rund 30 Prozent fast verdoppelte. In den Folgejahren sank die Wahlbeteiligung zwar wieder, blieb aber auf einem überdurchschnittlichen Niveau. Hervorzuheben ist noch die Landtagswahl 2009, die nach dem Tod Haiders stattfand und die zuvor auf 78,6 Prozent gesunkene Wahlbeteiligung nochmals auf rund 82 Prozent hob.

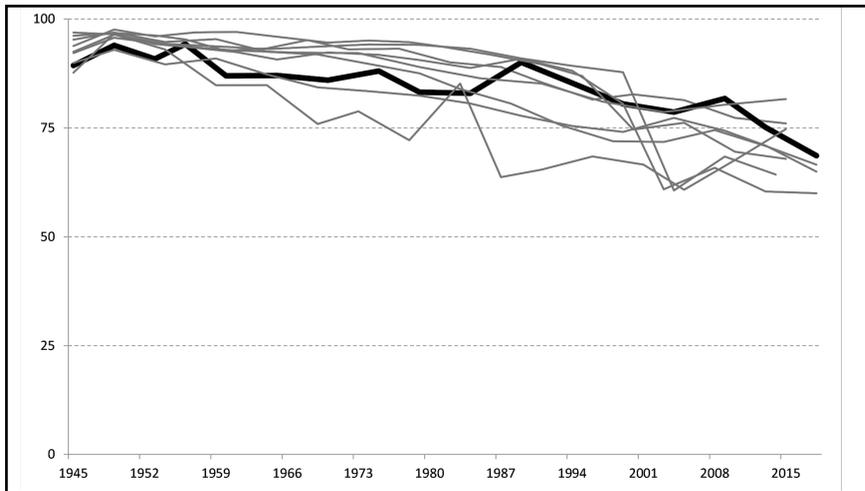
2013 und 2018 ging hingegen die Beteiligung vergleichsweise stark zurück, zunächst auf 75,2, dann auf 68,6 Prozent, womit Kärnten dennoch die höchste Wahlbeteiligung aller Wahlen 2018 aufwies. Auch dieses Ergebnis ist nicht vom Parteienwettbewerb getrennt zu betrachten: Die SPÖ erzielte 2018 ein Plus von 10,8 Prozentpunkten und damit den zweitgrößten Zugewinn im Bundesland seit 1945. Das dürfte für die Wahlbeteiligung mobilisierend gewesen sein. Insgesamt gesehen folgt das Bundesland aber dem österreichweiten Trend einer (leicht) rückläufigen Stimmabgabe.

Abseits von Nationalrats- und Landtagebene kann man die Beteiligungsbereitschaft der Kärntner Bevölkerung anhand weiterer direktdemokratischer Prozesse analysieren: Konkret stehen dafür Daten zu Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren zur Verfügung. Auch hier gilt: Die absoluten Werte sind für sich genommen schwer einzuordnen, eine sinnvolle Interpretation ergibt sich erst aus dem österreichweiten Vergleich.

Beginnend bei den beiden bisherigen bundesweiten Volksabstimmungen zeigt sich, dass sowohl 1978 (über die „friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich“, Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) als auch 1994 (über den „Beitritt Österreichs zur Europäischen Union“) die Beteiligung in Kärnten analog zur Wahlbeteiligung etwas niedriger ausgefallen ist als im österreichischen Schnitt (Bundesministerium für Inneres 2019a).

1978 gaben 63 Prozent ihre Stimme ab, österreichweit waren es 64,1 Prozent. Kärnten nahm damit allerdings keine Randposition ein, in Tirol, der Steiermark oder Salzburg war die Beteiligung (deutlich) geringer, im Burgenland, in Nieder- und Oberösterreich und in Vorarlberg (deutlich) höher.

Abbildung 6: Wahlbeteiligung in den Bundesländern 1945–2018



Anmerkung: Die dicke Linie zeigt die Wahlbeteiligung in Kärnten.

Angaben in Prozent.

Datenquelle: Wahldatenbank 2019, Grafik: Flooh Perlot

Ein Detail am Rande: In Kärnten ging die Abstimmung über das AKW Zwentendorf entgegen dem Gesamtergebnis für die Inbetriebnahme aus.

Bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs beteiligten sich die KärntnerInnen etwas seltener als der Rest von Österreich, die Abweichung ist mit 0,4 Prozentpunkten aber noch geringer als 1978 (81,9 zu 82,3 Prozent im Durchschnitt). Auch hier gab es andere Bundesländer, die deutlicher nach unten oder oben abwichen. Im Ergebnis war die Kärntner Bevölkerung 1994 etwas stärker für den Beitritt (68,2 zu 66,6 Prozent österreichweit).

Die Beteiligung an der bisher einzigen Volksbefragung (2013 über die Beibehaltung der Wehrpflicht; Bundesministerium für Inneres 2019b) fiel in Kärnten erneut leicht unterdurchschnittlich aus, mit 50,3 Prozent nahm ziemlich genau die Hälfte der Bevölkerung teil. Österreichweit waren es 52,4 Prozent.

Dazu passen die Ergebnisse der Interviews, die ebenfalls ein prinzipielles Interesse an Direkter Demokratie, aber eine geringe Umsetzung in Form von tatsächlicher Beteiligung zeigen. Folgende Aussage bringt es auf den Punkt: „Direkte Demokratie ist nicht das Erste, das mir einfällt [...] Ich fühle mich nicht aufgefordert oder auch nur ermuntert teilzunehmen.“ (WaKW9) Auf die Frage, wie das gemeint sei, kam die Antwort, dass es an einer Tradition von Partizipation fehle. Eine andere interviewte Person

(WaKT7) drückte es so aus, dass sie sich gut behandelt fühle und deshalb nicht mehr Mitspracherecht außer den Wahlen brauche, gab dann aber doch an, hin und wieder bei Volksbegehren zu unterschreiben. Zusammengefasst lässt sich anhand der Volksabstimmungen und der Volksbefragung sagen: Die Kärntnerinnen und Kärntner zeichnen sich weder durch eine stark überhöhte Beteiligung noch durch ein deutlich häufigeres Fernbleiben aus.

Die Basis für diese Vergleiche ist mit drei Fällen gering. Ein umfangreicheres Bild lassen die Volksbegehren zu, die es in Österreich bisher gab. Für 27 Volksbegehren seit 1996 (bis inklusive dem Volksbegehren für eine CETA-Volksabstimmung 2019) sind Daten zur Beteiligung pro Bundesland vorhanden (Bundesministerium für Inneres 2019c). Naturgemäß variiert die Rate der Teilnahme nach Thema, und letzten Endes hat der Erfolg des jeweiligen Volksbegehrens einen gewissen Einfluss. Stellt man jedoch den Anteil an Unterschriften pro Region dem Österreich-Schnitt gegenüber, dann lässt sich zeigen, dass die Beteiligung in Kärnten in allen Fällen bis auf zwei Ausnahmen unterdurchschnittlich war.

1997 unterschrieben relativ mehr KärntnerInnen das Schilling-Volksbegehren, 2015 war dies beim Volksbegehren für einen EU-Austritt Österreichs ebenso. Im Fall des Schilling-Volksbegehrens, das bereits von neun Nationalratsabgeordneten der FPÖ initiiert wurde, liegt erneut die Vermutung nahe, dass die höhere Unterstützung mit einer besseren Mobilisierung der FPÖ in Kärnten zusammenhängen könnte. Auch beim Thema EU-Austritt ist ein gewisser Zusammenhang zwischen der Stärke der FPÖ in Kärnten und ihrer (damaligen) Position zu diesem Thema nicht auszuschließen. Die Abweichung nach oben war mit 0,8 bzw. 0,7 Prozentpunkten gering.

Neben diesen institutionalisierten Beteiligungsformen gibt es – je nach Definition (Kaase 1997) – zahlreiche weitere Partizipationsmöglichkeiten, angefangen von Unterschriftenaktionen über Demonstrationen und Streiks bis zu zivilem Ungehorsam. Mangels einer entsprechenden Datenbasis können diese Aspekte hier nicht eigens berücksichtigt werden.

5. Conclusio: „Wien ist so weit weg“ – Landespolitik versus Bundespolitik

Ein Ansatzpunkt für eine Erklärung der politischen Kultur in Kärnten und gleichermaßen Ausdruck der regionalen politischen Kultur scheint das Verhältnis der KärntnerInnen zur Politik im Bund zu sein. Im Volksmund gerne als „die da draußen in Wien“ bezeichnet, zeigt sich eine gewisse Distanz zum Bund, die auch in den Interviews deutlich wurde (WaKT8).

Im Zuge der Interviewreihe befragte PolitikerInnen gaben an, dass die Schwierigkeit der Politik auf Bundeslandebene darin läge, diese zu vermitteln. Die nationale Politik stehe für sich selbst und die Regionalpolitik sei im Alltag spürbar. Der Landtag wirke zum Teil so fern für die BürgerInnen. Die Nicht-PolitikerInnen unter den KärntnerInnen sahen das ähnlich. Noch deutlicher wird dies, wenn man nach dem Vertrauen in die Politik sucht. Gefragt nach jenen PolitikerInnen, denen sie am meisten vertrauten, verwiesen alle auf BürgermeisterInnen und Gemeinderäte – ein Ergebnis, das fast lückenlos auch für andere Bundesländer gilt. Besonders wenig Vertrauen wurde den BundespolitikerInnen entgegengebracht, während die LandespolitikerInnen erst gar nicht genannt wurden. Auf Nachfrage wurde angegeben, dass Wien und damit die Nationalpolitik weit weg sei, was ihre Kontrolle in gewisser Weise erschwere. In der eigenen Gemeinde oder Region sei es einfacher, man könne die betroffenen PolitikerInnen direkt ansprechen und umgekehrt sei es auch leichter, sich selbst einzubringen (WaTT9, MbKT5, MbKT3). Kommunalpolitik, so ein Gesprächspartner, „ist noch die politischste Form der Politik“ (MbKT5), weil sie nah am Menschen sei, im Gegensatz zur Bundespolitik, wo – wie eine andere Interviewte sagte – man sich zwar sicher auch bemühe, „aber es kommt halt nicht immer das Beste raus und dann ärgert man sich“ (WaKT7).

In dieser Ferne wird auch ein gewisser Grund für etwaige Sorgen um die Demokratie in Österreich gesehen, wobei der Vorwurf der Ferne nicht nur die PolitikerInnen trifft, sondern auch in Richtung einer Spaltung der Gesellschaft, insbesondere seit den letzten Bundespräsidentchaftswahlen, gemeint war. So empfanden gleich mehrere Personen eine Art Angewidertsein von Meinungen, die sie als politisch gefährlich titulierten und die sie vorher nicht in dem Ausmaß identifiziert hatten (WaKW9, WaKT7, MbKT5). Hier ist man wieder direkt beim Thema der politischen Kultur, denn die eigene Vorstellung aller Interviewten war, dass jeweils „andere“ bei den Wahlen falsche Entscheidungen treffen könnten und damit die Demokratie in Gefahr gerate – wobei diese Aussage verschiedene politische Lager betrifft.

Generell machen sich alle – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – Sorgen um die Demokratie in Österreich. Die Schuld dafür wird entweder MitbürgerInnen, den PolitikerInnen oder einfach dem politischen System gegeben. Das klingt in einigen Gesprächen eher beliebig, wird aber dann konkret, wenn es darum geht, wie man aus den Sorgen und der pessimistischen Haltung rauskommt. Es ist dies ganz klar der Hinweis auf die Heimat. Das klingt dann so: „Und das ist für mich schon Sicherheit, wenn ich aufstehe und weiß, es ist alles in Ordnung.“ (WaKW8).

Anmerkungen

- 1 Das Interview war Teil einer Reihe von Storytellinginterviews zum Thema Demokratie, die zwischen Juni 2018 und Juli 2019 durchgeführt wurden. Mehr Informationen zu dieser qualitativen Studie folgt in Kapitel 2.
- 2 Der ADL-Demokratieradar umfasste eine telefonische (CATI) und Online-Befragung (CAWI) von insgesamt 4.500 Personen (3. Welle, Feldzeit: 13.03.2019 bis 16.04.2019). Die Grundgesamtheit stellt die österreichische Wohnbevölkerung dar.
- 3 Z. B. Gemeinderäte, BürgermeisterInnen und Landtagsabgeordnete
- 4 Die einzelnen Personen erhielten Codenamen zur Anonymisierung (z. B. WaKW9), die auch im vorliegenden Artikel als Quellenhinweis verwendet werden.
- 5 Die Wahlpflicht wurde 1986 eingeführt und 1992 wieder aufgehoben.

Literatur

- Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Berg-Schlosser, Dirk (2004): Politische Kultur/Kulturforschung. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. Band 2 N–Z. München: C. H. Beck Verlag, S. 713–718.
- Beyme, Klaus von (2010): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Eine Einführung. 11., vollst. überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesministerium für Inneres (2019a): *Volksabstimmungen*. Online verfügbar unter https://www.bmi.gv.at/410/Ergebnisse_bisheriger_Volksabstimmungen.aspx, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- Bundesministerium für Inneres (2019b): *Volksbefragung*. Online verfügbar unter https://www.bmi.gv.at/416/Volksbefragung_2013.aspx, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- Bundesministerium für Inneres (2019c): *Volksbegehren*. Online verfügbar unter <https://www.bmi.gv.at/411/start.aspx>, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- Bußjäger, Peter (Hg.) (2010): *Kooperativer Föderalismus in Österreich*. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern. Workshop zum Thema Intergouvernementale Beziehungen in Österreich. 1. Aufl. Wien: Braumüller (Schriftenreihe/Institut für Föderalismus, 111).
- Bußjäger, Peter (2018): *Föderalismus und Regionalismus in Österreich*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68 (34–35), S. 25–32.
- Bußjäger, Peter; Karlhofer, Ferdinand; Pallaver, Günther (Hg.) (2010): *Föderalistisches Bewusstsein in Österreich*. Regionale Identitätsbildung und Einstellung der Bevölkerung zum Föderalismus. Wien: Braumüller.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2540).
- Dachs, Herbert (2009): *Politische Kultur*. Begriff – Dimensionen – Entstehen. In: *Informationen zur Politischen Bildung* (30), S. 5–7.
- Debus, Marc (2016): *Wahlbeteiligung*. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/deutschland-in-daten/220286/wahlbeteiligung>, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- Filzmaier, Peter (2007): *Politik und Politische Bildung*. 1. Aufl. Wien: Dornier.
- Halmaj, Gábor (2016): *Der Niedergang der liberalen Demokratie mitten in Europa*. In: *Transit* (Heft 48: Rückkehr der illiberalen Demokratie?).
- Kaase, Max (1997): *Vergleichende Politische Partizipationsforschung*. In: Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*. Ein einführen-

- des Studienhandbuch. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Uni-Taschenbücher), S. 159–174.
- Karlhofer, Ferdinand (2010): A Federation without Federalism? Zur Realverfassung der Bund-Länder-Beziehungen. In: Peter Bußjäger (Hg.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern. 1. Aufl. Wien: Braumüller (Schriftenreihe/Institut für Föderalismus, 111), S. 131–146.
- Linder, Wolf (2004): Das politische System der Schweiz. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Bd. 34. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 487–520.
- Mannewitz, Tom (2016): Die Analyse regionaler politischer Kultur. In: Nikolaus Werz und Martin Koschkar (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 23–43. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-658-10468-9_2.
- Nohlen, Dieter (2014): Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. 7., überarb. und aktualisierte Aufl. Opladen, Stuttgart: Budrich; UTB (utb-studie-book, 1527). Online verfügbar unter <http://www.utb-studi-e-book.de/9783838540504>.
- ORF Vorarlberg (2019): „Politische Kultur im Landtag pflegen“. Interview von Jürgen Peschina mit Landtagspräsident Harald Sonderegger. ORF Vorarlberg, 03.08.2019. Online verfügbar unter <https://vorarlberg.orf.at/stories/3007145/>, zuletzt geprüft am 16.09.2019.
- Perlot, Flooh; Hermann, Andrea Tony; Praprotnik, Katrin; Ingruber, Daniela; Hainzl, Christina (2019): Demokratieradar, Welle 3 – Föderalismus. Datensatz. Krems/Graz.
- Pickel, Gert (2009): Politische Kultur und Demokratieforschung. In: Norbert Lammert (Hg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 611–626.
- Pickel, Gert (2016): Empirische Befunde zur regionalen politischen Kultur. In: Nikolaus Werz und Martin Koschkar (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 45–74. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-658-10468-9_3.
- Rohe, Karl (1996): Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Oskar Niedermayer und Klaus von Beyme (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 1–21. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-663-11085-9_1.
- Schissler, Jakob (2010): Die politische Kultur der USA. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (Wochenschau Politik).
- Seitz, Werner (2006): Elemente der politischen Kultur der Schweiz. In: Roger Blum, Peter Meier und Nicole Gysin (Hg.): Wes Land ich bin, des Lied ich sing? Bern: Haupt Verlag, S. 51–64.
- Sturm, Roland (2016): Regionale politische Kulturen im deutschen Föderalismus. In: Nikolaus Werz und Martin Koschkar (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 75–92.
- Wahldatenbank (2019): Wahldatenbank Österreich. Online verfügbar unter <http://www.wahldatenbank.at>, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- Wakounig, Andrej (2004): Kärnten 2004: Zwischen EU-Erweiterung und Grenzlandmythos. In: Karl Anderwald, Peter Filzmaier und Karl Hren (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2004. Klagenfurt: Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft, S. 116–124.
- Werz, Nikolaus; Koschkar, Martin (Hg.) (2016): Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Westle, Bettina (2010): Politische Kultur. In: Hans-Joachim Lauth (Hg.): Vergleichende Regierungslehre. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 306–325.

- Westle, Bettina; Gabriel, Oscar W. (Hg.) (2009): Politische Kultur. Eine Einführung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Studienkurs Politikwissenschaft).
- Wutti, Daniel (2015): Zur Tradierung der kärntnerslowenischen Opferrolle: transgenerationale Traumatisierung vor dem Hintergrund von (Großgruppen-)Identität, Gedächtnis und Erinnerung. In: Psychologie und Gesellschaftskritik 39 (4), S. 33–44.